

Protokoll

über die 9. Sitzung der Verbandsversammlung der Zweckverband Volkshochschule Zeven am Donnerstag, dem 19.11.2015, 10:00 Uhr, VHS-Haus.

Anwesend:

Verbandsvorsitzende/-r

Samtgemeindebür- Stefan Tiemann

Mitglieder der Verbandsversammlung

Ratsherr Heinz-Hermann Holsten Vertretung für Herrn Henri Blanken

Ratsfrau Angela van Beek

Ratsherr Manfred Behrens Vertretung für Frau Annette Fah-

Samtgemeindebürgermeister Frank Holle

Ratsherr Ingolf Lienau

Ratsherr Manfred Poburski

Verwaltung

Samtgemeindebürgermeister Jürgen Husemann

Kai Michaelsen

Volkshochschulleiterin Andrea Stephan

Protokollführer

Marina Feldmann

Abwesend:

Mitglieder der Verbandsversammlung

Ratsfrau Annette Fahjen

Ratsherr Henri Blanken

Ratsfrau Andrea Burfeind

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Tiemann eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt ‚Annahme von Zuwendungen‘.

Punkt 6 wird als klassische Personalangelegenheiten in den vertrauten Teil verschoben.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** festgestellt.

3. Genehmigung des Protokolls -öffentlicher Teil- über die 8. Sitzung der Verbandsversammlung am 18.06.2015

Das Protokoll wird **einstimmig** mit **2 Enthaltungen** genehmigt.

4. Bericht und vhs-Programm I/2016

Frau Stephan teilt diesen Tagesordnungspunkt in drei Bereiche:

a) Flüchtlinge

b) Räume

c) vhs-Programm I/2016

a) Flüchtlinge

Als Fachbereichsleiterin berichtet Frau Feldmann über die Unterrichtsmöglichkeiten von Flüchtlingen in den drei Samtgemeinden.

Auf der letzten ZVV im Juni war das Thema Flüchtlinge noch ganz neu. Es wurde über andere vhs'n und deren Aktivitäten in anderen Landkreisen berichtet. Es herrschte Einigkeit darüber, dass auch hier etwas angeboten werden müsse. Die große Frage war die Finanzierung möglicher Kurse.

Die vhs hatte ein Kurskonzept mit 200 Unterrichtsstunden vorgelegt. Dieser Kurs kostet 5.000 € und kann 15 Teilnehmende aufnehmen.

Nach einer angeregten Diskussion wurde seitens des Zweckverbandes beschlossen, einen Appell an den Landkreis zu verfassen. Dieser hat jedoch zu keiner Mittelzuweisung geführt.

Was ist stattdessen passiert? Was bietet die vhs an?

- **Deutschkurse im Abendbereich** gemäß vhs-Programm im Rahmen der Gebührenermäßigung. Aktuell laufen vorwiegend Anfängerkurse. 2 UStd. die Woche ist aber wenig zielführend für diese Adressaten.
- **Zusatzkurse** werden bei Bedarf eingerichtet (aktuell: A2 intensiv Kurs, 2x die Woche, je 3 UStd. pro Abend).
Passend für Flüchtlinge, die schon arbeiten dürfen und Arbeit haben, um überhaupt an Sprachkursen teilnehmen zu können.
- **Integrationskurse** seit 2005. Aktuell sind Kurs 22 ab Januar und Kurs 23 ab Februar in Planung. 600 UStd. deutsch/ 60 UStd. Leben in Deutschland.
Ziel: B1 und Test ‚Leben in Deutschland‘. Diese sind bisher nur für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive geöffnet worden. Das betrifft Menschen aus dem Iran, Irak, Eritrea und Syrien. Diese Länder sind hier (bis auf Tarmstedt) bisher kaum vertreten.
- **ESF-BAMF-Kurs:** berufsorientierter Deutschkurs über 730 UStd. berufsbezogenes Deutsch und Berufsorientierung (Berufe, Abschlüsse, Betriebsbesichtigungen, Lebenslauf, Bewerbung, Vorstellungsgespräch...), Praktikum und sozialpädagogische Begleitung. Keine Einschränkung auf bestimmte Herkunftsländer. Im gerade gestarteten Kurs lernen 5 Flüchtlinge.
Dauer ca. 8 Monate. Am Ende Prüfung je nach Niveau z.B. B2+. Ausweitung um 4 Kurse in 2016 geplant.
- An **Prüfungen** wird derzeit der Deutschttest für Zuwanderer, der den Sprachstand auf dem Niveau A2-B1 nach dem GER abbildet angeboten.
- Außerdem der Test Leben in Deutschland bzw. der Einbürgerungstest.

Seit Juni nutzen Flüchtlinge in den IK's freie Plätze. Um daran teilnehmen zu können, ist laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Eigenbeitrag von 120 € pro 100 Unterrichtsstunden zu leisten. Diese Möglichkeit nutzen seitdem 5 Personen. Sie kommen aus Sittensen und Selsingen und werden über den Unterstützerkreis Sittensen und aus Spenden für die Selsinger TN finanziert. Hier sind die Ehrenamtlichen aktiv, indem sie Firmen ansprechen, ob sie bereit sind ein Modul à 120 € zu finanzieren. Das ist für die vhs recht aufwendig, da bei jedem TN für jedes Modul eine Rechnung geschrieben werden muss und der Eingang zu überwachen ist. Dies war zunächst – neben den normalen Abendkursen - aber die einzige Möglichkeit Flüchtlingen einen Intensivkurs anzubieten. Diese TN werden im Januar und Februar an den Prüfungen teilnehmen, wodurch sich ihre

Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöhen. Nicht zu vergessen und schon gar nicht hoch genug zu schätzen ist der soziale Aspekt, dass diese Menschen eine reale Aufgabe bekommen haben. Ihr Tag hat eine Struktur erhalten. Sie sind für 4-5 Unterrichtsstunden in der vhs. Mit ganz vielen verschiedenen Personen. Mit unterschiedlichen Zielen. Sie gehören zu den am meisten motivierten Teilnehmern. 2 sind sogar morgens im ESF-BAMF-Kurs und nachmittags noch im IK.

Diese Situation war jedoch unbefriedigend, da nur 5 TN einen Kursplatz haben. So war es erleichternd, dass im September nach dem Weinfest, aus dem eine große Spende resultierte und weiteren privaten Spenden ein erster Flüchtlingskurs gestartet werden konnte. 17 TN, 200 UStd. 2 neue KL.

Das war der Start. Die weiteren Kurse sind in der Tabelle (Anlage 1) zusammengefasst. Es handelt sich um:

- Zuweisung von 4 Kursen aus Mitteln des **Landes Niedersachsen** für Anfänger. Je SG ein Kurs und einen weiteren zentral in Zeven.

Damit hat die vhs dann schon ihr Kontingent an 4 Kursen ausgeschöpft, welches bis 31.12.2016 bewilligt wurde. Bei der gegenwärtigen Lage erwartet sie jedoch, dass es in 2016 neue Zuweisungen geben muss. Das ist aber nicht sicher.

Kurse aus Mitteln der **Bundesagentur für Arbeit** waren geplant für alle 3 SG, aber die Zulassung von TN wurde ebenfalls auf die Länder Iran, Irak, Syrien und Eritrea eingeschränkt, die bisher kaum in unserem Einzugsbereich vorkommen. Evtl. können in Tarmstedt noch ausreichend TN für einen Kurs gefunden werden.

(Aktuelle Anmerkung: am 23.11. konnte ein Kurs mit 15 TN starten).

Nach dem Bericht merkte Herr Poburski an, dass der Appell an den Landkreis doch nicht ganz verhallt sei, da das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz verabschiedet wurde und Sprachkurse seitens der Bundesagentur für Arbeit finanziert würden. Frau Feldmann führte aus, dass dies den Tatsachen entspreche. Auf Bundesebene ist in der Tat eine Möglichkeit geschaffen worden (s.o.). Herr Poburski war irritiert, dass dies nicht in seinen Unterlagen vom Bundestag stehe. Diese Ländereinschränkungen sind lt. Frau Feldmann auch erst nach der Gesetzesänderung am 16.10.15 bekannt gegeben worden.

(Herr Poburski wurden die aktuellen Unterlagen zur Kenntnis am 20.11. zugesandt.)

Herr Lienau lobte das Engagement der vhs. Er fragte, wie es sein könne, dass die vhs ihre Kurse ohne wirtschaftlichen Ertrag durchführe, während die Grone Schule lukrative Kurse durchführen kann. Hierzu musste wieder auf die vier Länder verwiesen werden und die offenbar ungleiche Verteilung der Herkunftsländer auf den Landkreis.

Frau Stephan ermutigte die Mitglieder des Zweckverbandes jederzeit bei vorhandenen Informationen oder Fragen an die vhs heranzutreten.

(Außerdem ausgehändigt: „Deutsch lernen mit System – von Anfang an“. Ein Positionspapier des Landesverbandes der Volkshochschulen.)

b) Unterrichtsräume:

Frau Stephan berichtet, dass der EDV-Raum aufgelöst wurde, um zunächst einen Flüchtlingskurs und dann den berufsbezogenen Sprachkurs unterzubringen. In EDV-Kursen müssen die Arbeitsplätze nun vor Unterrichtsbeginn eingerichtet und hinterher wieder abgebaut werden.

Im berufsbezogenen Sprachkurs können nur 17 TN lernen, da mehr Plätze in dem Raum nicht zur Verfügung stehen. Damit sind finanzielle Einbußen verbunden, da die Entlohnung nach der Zahl der TN erfolgt.

Für 2016 sind zusätzliche Mittel beantragt, um im nächsten Jahr 4 Kurse anbieten zu können. Das BAMF fordert die akkreditierten Träger (im LK Row nur die beiden vhs'n!) zur Einrichtung zusätzlicher Kurse auf. Sie dauern etwa 9 Monate und müssen aufgrund der

TN-Betreuung und Verwaltung räumlich in der Nähe zur vhs sein. Hier wird sich beim Zuschlag der Maßnahmen das räumliche Problem verschärfen. Grundsätzlich entsprechen die Räumlichkeiten der vhs keinen erwachsenengerechten Unterrichtsräumen. Es handelt sich um eine schöne alte Villa, die jedoch für Wohnraum gedacht war.

Auch für die IK's könnten wir die TN auf 25 Personen aufstocken, was eine Mehreinnahme von rund 1000 € pro 100 UStd. brächte (IK mit 660 UStd. = 6.600 €).

Frau van Beek verwies noch auf die örtlichen Schulen. Diese hat die vhs alle kontaktiert und keine entsprechenden Räume erhalten. (Nachtrag: In der Janusz-Korszak-Schule könnte notfalls ein Raum für 15 / max. 17 Erwachsene genutzt werden. Hier besteht jedoch die Problematik, dass z.B. ein Schüler aktuell vom Unterricht wegen fremdenfeindlicher Äußerungen suspendiert wurde. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass unsere TN möglichen Anfeindungen ausgesetzt seien.)

Definitiv wird im März ein Raum fehlen. Die vhs könnte auf Raum 1 zurückgreifen. Dann sind aber keine Bildungsurlaube und keine „normalen“ vhs-Kurse mehr möglich.

Herr Holsten verwies in diesem Zusammenhang auf die internetbasierte Lernplattform IWDL für Selbstlerner. Hierzu fehlen jedoch Arbeitsplätze mit W-LAN Anschluss.

c) Programm:

Die vhs hat ein neues Weiterbildungsprogramm für Kitas herausgebracht. Es wurde mit InDesign zum ersten Mal vollständig selbst erstellt. Frau Weber hat sich in diese Materie eingearbeitet.

Für das neue Programmheft muss noch das Titelbild abgestimmt werden: Die ZVV entscheidet sich für Muster 2.

Grundsätzlich wird das Programm lesefreundlicher, da die Schrift etwas größer wird. Preislich bleibt es gleich.

Das Programmlayout ist derzeit eine Zwischenversion, die etwa 3 Wochen Arbeitszeit benötigt. Für das nächste Programm werden dann noch 2 Wochen Arbeitszeit anberaumt.

Durch die Eigenerstellung werden künftig 1.500 € eingespart.

Auch hier spricht Herr Lienau seine Anerkennung für die geleistete Arbeit der vhs, insbesondere Frau Weber aus.

5. Neufestsetzung der Dozenten honorare

Beschlussvorschlag:

Frau Stephan begründet den Antrag auf Neufestsetzung der Dozenten honorare in den Integrationskursen und dem Berufsbezogenen Sprachkurs. Die Kursleitenden sind auf die vhs zugekommen und haben mitgeteilt, dass sie zu den gegenwärtigen Honorarsätzen nicht mehr für die vhs Zeven tätig sein werden.

1. Honorargefüge innerhalb der Volkshochschulen

Im Vergleich mit der vhs Rotenburg ist der Honorarsatz der vhs Zeven niedriger, weil dort ab 01.07.2015 eine Honoraranpassung auf 23,00 € zzgl. Fahrtkosten vorgenommen wurde. Da die Dozenten im Integrationsbereich in beiden Volkshochschulen tätig sind, liegt eine Ausweitung ihrer Tätigkeiten in Rotenburg nahe.

2. Arbeitsmarkt für qualifizierte Deutschdozenten

Seit Anfang des Jahres ist zu beobachten, dass qualifizierte Dozenten auf dem Erwachsenenbildungsmarkt stark nachgefragt werden. Dies ist zurück zu führen insbesondere auf die verstärkte Durchführung von Sprachkursen für Flüchtlinge. Erwartet wird für die Zukunft eine weitere Verschärfung der Lage. Zum einen wird sich der Bedarf an Integrationskursen als auch an Berufsbezogenen Deutschkursen erhöhen. Beide Kurse tragen dazu bei, eine Integration in unsere Gesellschaft als auch eine Einmündung in den Arbeitsmarkt der Flüchtlinge zu unterstützen, so dass ein verstärktes Engagement der vhs Zeven auch künftig notwendig bleiben wird.

Es handelt sich hierbei um gesuchte Fachkräfte, für die es einen eigenen Studiengang gibt. Selbst langjährig erfahrene Deutschlehrer sind sich einig, dass der Unterricht für Menschen Migrationshintergrund eine andere und höhere Herausforderung ist, als Deutsch für Deutsche. Außerdem sind es nicht in der Regel Frauen, die mit dem Unterricht einen Zuverdienst erzielen, sondern vorwiegend Lehrkräfte, die davon ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Ohne KL kann die vhs keine Kurse durchführen und verliert sie an die Konkurrenz. Herr Poburski fragt an, ob die Erhöhung schon im neuen Haushalt berücksichtigt sei. Dem ist so. Es ergeben sich Mehrausgaben von etwa 6.000 € im IK und 1350 € im ESF-Bereich. Höhere Einnahmen sind aktuell jedoch nicht höher in Aussicht. Herr Lienau sieht die etatmäßige Herausforderung und gleichzeitig den wichtigen Auftrag, den die vhs dort erfüllt. Er berichtet, dass in der vhs Buxtehude die KL im „normalen“ vhs-Programm 20 € Honorar erhalten, während es in Zeven noch 18 € sind.

Herr Michaelsen regt an, für den Fall, dass der Beschluss erfolgt, über höhere Kursgebühren nachzudenken. Man könne z.B. moderat Mehreinnahmen erzielen, wenn man die Kursgebühren aufrunden würde.

Die Verbandsversammlung beschließt die vorgeschlagene Neufestsetzung der Dozenten honorare **einstimmig**.

6. Prüfung des Jahresabschlusses 2014 nebst Entlastung

Beschlussvorschlag:

Herr Michaelsen führt aus, dass es in 2014 einen kleinen Fehlbetrag von 3.000 € gibt. Dieser kann mittels Überschüssen aus 2013 ausgeglichen werden. Demnach gibt es jetzt keine Rücklage mehr und der finanzielle Druck steigt.

Für 2014 wurde vom Rechnungsprüfungsamt eine ordnungsgemäße Arbeit bescheinigt, so dass die Entlastung empfohlen wird.

Frau Stepan dankt Herrn Michaelsen für die gute Zusammenarbeit.

Die Verbandsversammlung nimmt den Jahresabschluss 2014 mit Gesamtüberschreitungen in Höhe von 16.243,85 € im Ergebnisaushalt und 6.263,58 € im Finanzhaushalt zur Kenntnis. Ebenfalls nimmt die Verbandsversammlung den Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2014 des Zweckverbandes „Volkshochschule Zeven“ vom 19.10.2015 zur Kenntnis, beschließt **einstimmig** gem. §129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG über den Jahresabschluss 2014 und erteilt dem Zweckverbandsgeschäftsführer die Entlastung.

7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016

Herr Michaelsen legt den Entwurf vor. Ein Ausgleich wird nicht ganz einfach, wie schon in 2015. Bereits im letzten Jahr war schon angekündigt, das es ohne Erhöhung der Verbandsumlage nicht weitergehe. Eine Sonderumlage war damals bereits angedacht, wurde aber noch nicht angefordert. Er empfiehlt für 2015 die Sonderumlage voll abzurufen. Es erscheint ihm positiv für die vhs, wenn ein kleiner Puffer verbliebe. Die 50.000 € seien demnach noch im Dezember abzufordern.

Für die Folgejahre sind Defizite im Ergebnishaushalt ausgewiesen. Selbst wenn es in Zukunft neue Kurse gäbe, sei man gezwungen die Umlage in 2016 auf 120.000 € zu erhöhen. Herr Michaelsen schlägt aufgrund der schwer einschätzbaren Zukunft eine Änderung der Haushaltssatzungsvorlage dahingehend vor, dass in §5 geschrieben wird: „Zur Deckung des Fehlbedarfs wird eine Verbandsumlage von **bis zu** 120.000 € erhoben.“ Hierdurch würde etwas Flexibilität geschaffen. In den Zahlen sind die Anhebung der Honorare und die Einstellung zusätzlicher KL berücksichtigt. Im Folgenden werden einige Fragen zum Haushalt geklärt:

Herr Poburski: Wie können die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen von 2014 mit 387 T€ bis 2016 auf 248 T€ sinken, obwohl die Erhöhung der Umlage der bereits berücksichtigt ist? Herr Michaelsen erläutert, dass es in 2014 das Projekt E.B.I mit Zuwendungen in Höhe von 187 T€ gab. Diese fallen nun vollständig weg.

Herr Poburski: Wieso sinken die Kostenerstattungen und Kostenumlagen von rund 70 T€ in 2016 auf 40 T€ in der Folgejahresplanung? Herr Michaelsen erläutert, dass in 2016 BAMF Mittel in Höhe von 72 T€ enthalten sind. Man könnte auch 2017 auf 72 T€ erhöhen, gleicht damit aber auch dann noch nicht vollständig aus. Es würde den Ausfall jedoch reduzieren. Frau Stephan führt aus, dass ein ESF-BAMF Kurs zwischen 6-8 T€ Einnahmen erzielt. Durch die kleinen Räume, sind die Einnahmen aktuell nicht zu steigern. Ab 2017 sollen auch keine ESF-Mittel mehr fließen, sondern nationale Mittel. Genaueres ist hierzu aber noch nicht prognostizierbar.

Die Bezahlung des BAMF ist in den IK's und im ESF-BAMF-Kurs TN abhängig. Es besteht zwar eine Anwesenheitspflicht, aber die wird nicht immer von der TN eingehalten. Dies ist ein unkalkulierbares Risiko, das das BAMF ungefiltert an die Träger durchreicht.

Herr Poburski: Die Ausgaben im Bereich Personal reduzieren sich. Wie geht das?

Herr Michaelsen: Wegfall E.B.I. mit 75 T€ in 2014 und 20 T€ in 2015.

Herr Poburski: sonstige Aufwendungen reduziert. Was steht hier dahinter?

Herr Michaelsen: dito. Siehe Teilplan Seite 6 E.B.I.

Herr Poburski: 2015 wird also nicht ausgeglichen sein? Herr Michaelsen erwidert, dass man dies nicht Vorhersehen könne.

Herr Poburski: Die Sonderumlage ist unumgänglich, aber er empfiehlt, auf die Erhöhung der Umlage noch zu verzichten. Die finanzielle Lage der Gemeinden sei bekannt und er halte in diesem Moment eine Erhöhung der Umlage für nicht verantwortlich. Es gebe zu wenige Informationen über die Zukunft.

Herr Michaelsen rät davon auf, da sich der Fehlbetrag von 50 T€ in 2017 erhöht auf 100 T€. Daher rührt auch seine Empfehlung des Zusatzes „bis zu“. Der Fehlbetrag in 2016 sei auch garantiert. Die Aufsichtsbehörde würde einen Konsolidierungshaushalt fordern. Herr Poburski führte dazu aus, dass zunächst nur 2016 von Interesse sei und man nicht „auf Vorrat“ erhöhen solle.

Herr Holle erklärte, dass sein Haushalt auch noch nicht beschlossen, er mit dem „bis zu“

jedoch einverstanden sei. Alle Stimmberechtigten hätten hier kein Mandat.

Der Blick in die Zukunft sei schon wichtig und der Haushalt würde so nicht genehmigt.

Als Einschub brachte Herr Holle noch seine Irritation zum Ausdruck, dass das Projekt E.B.I. nicht fortgesetzt würde. Hier hätten die drei Samtgemeindebürgermeister erheblichen Einsatz an Sitzungen und Workshops gezeigt und im Haushalt sei ihm nun zum ersten Mal begegnet, dass es kein E.B.I. mehr gebe. Die Begründung dazu wollte Frau Stephan im vertraulichen Teil geben. Die Presse verlässt verärgert die Sitzung, so dass nun auch in diesem Tagungsteil darüber gesprochen werden kann.

Es handelte sich um ein EU-Projekt, dessen inhaltlicher Teil wirklich gut sei und auch sehr gut angenommen wurde. Eine Fortführung konnte es jedoch nicht geben, da sich die Projektstruktur dahingehend verändert hatte, dass eine deutlich höhere Kofinanzierung in Form von Mitarbeitern mitgebracht werden muss. Dies muss anhand von

Stundennachweisen erfolgen. Also muss mehr Personal tatsächlich im Projekt arbeiten.

Frau Stephan habe selber erlebt, wie sie persönlich nur formal in einem Projekt als Kofinanzierung tätig war und dann von der N-Bank geprüft wurde und sie erklären sollte, was in dem Projekt gemacht wurde. Dieses Verfahren ist gängige Praxis. Da Prüfungen aber vorkommen können, ist das praktisch keinem Mitarbeiter zuzumuten, da für die angeblich geleisteten Arbeitsstunden unterschrieben werden muss.

Herr Husemann ergänzt, es habe eine enge Kommunikation mit Frau Stephan und Herrn Tiemann gegeben und es musste kurzfristig entschieden werden, dass das Projekt so nicht weiter laufen kann.

Herr Holle kann diese Wendung nachvollziehen, bittet aber künftig dringend um eine bessere und zeitnahe Kommunikation. Ein kurzer Anruf genüge.

Herr Lienau verlässt die Sitzung.

Es wird über den Haushalt abgestimmt:

Die Einforderung der Sonderumlage wird **einstimmig** genehmigt.

In §5 der Haushaltssatzung wird „bis zu“ wie oben beschrieben ergänzt.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Volkshochschule Zeven“ beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan, Stellenplan und Anlagen sowie die integrierte Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramms 2017-2019 entsprechend der Anlage **einstimmig mit einer Enthaltung**.

8. Annahme von Zuwendungen

Durch die Flüchtlingskrise gehen bei der vhs mehrfach Zuwendungen für Sprachkurse für Flüchtlinge ein. Die Zweckverbandsversammlung beschließt **einstimmig** die Zuwendungen für die Sprachkurse für Flüchtlinge anzunehmen.

9. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor. Herr Tiemann schließt den Öffentlichen Teil der Sitzung um 11.25 Uhr.

Ende der Sitzung: 11:25

Tiemann
Verbandsvorsitzender

Husemann
Verbandsgeschäftsführer

Feldmann